

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906**

30.3.1906 (No. 110)

# Karlsruher Zeitung.

Freitag, 30. März.

№ 110.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.  
Umschlagte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1906.

Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung“ für das

II. Quartal

nimmt jede Postanstalt entgegen.

Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

## Ämtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 15. März d. J. gnädigt bewegen gefunden, dem Oberbürgermeister von Detmold, Major a. D. Wittje, das Kommandeurkreuz II. Klasse Höchstzweites Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigt bewegen gefunden, dem Geheimen Sekretariatsassistenten im Auswärtigen Amt, Georg Fischer, die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen Kaiserlich Russischen St. Stanislausordens dritter Klasse zu erteilen.

Das Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts hat unterm 27. März l. J. den Gerichtsschreiber Andreas Schweinhaut beim Amtsgericht Engen zum Amtsgericht Pforzheim bestellt.

Durch Entschließung Großh. Steuerverwaltung vom 26. März d. J. wurde Finanzassistent Adolf Wäldin beim Finanzamt Stockach als Buchhalter daselbst etatmäßig angestellt.

## Nicht-Ämtlicher Teil.

### Die Marokko-Konferenz.

Die Einigung der Mächte.

Die Marokkokonferenz hat sich in der Frage des Polizeinspektors geeinigt. Der neutrale Generalinspektor, eigentlich Welfersheimbischer Herkunft — er wurde zuerst in dem österrösch-ungarischen Vermittlungsvorschlag geschaffen — ist, nachdem der amerikanische Delegierte White ihn noch ein wenig in französischer Sprache zugesprochen hatte, angenommen, und nun kann die Konferenz die Arbeit, die noch zu tun bleibt, beenden. Der Balken, der auf dem Wege lag, ist fortgeräumt. Dieser Generalinspektor, welcher demnächst in Marokko als Repräsentant der Mächte sein Amt antreten soll, ist im wahrsten Sinne des Wortes das Schmerzenskind der Konferenz. Man weiß, wie viele Stappen zu überwinden waren, bis ihm nun endlich wirklich körperliche Gestalt verliehen ist, diesem so schwer zur Welt gekommenen künftigen Polizeioberfunktionär in Marokko. Zuerst sollte er nebst der Kontrolle über alle fremden Instruktionen, die französischen und spanischen Offiziere, auch ein eigenes Kommando führen, und zwar mit der Residenz in der Hafenstadt Casablanca. Dann, da sich gegen den letzteren Punkt der unbeugsame französische Widerpruch erhob, wurde auf Casablanca als Sitz des Generalinspektors (woran sich Deutschland übrigens niemals gebunden hat) verzichtet, ebenso auf seine Vertrauensstellung mit einem besonderen Kommando. Es erfolgte der Vorschlag, den Generalinspektor in Tanger zu stationieren, und zwar als Organ des dortigen diplomatischen Korps, dem er über die Ergebnisse seiner Inspektion Bericht erstatten sollte. Auch gegen diese Lösung wurde von französischer Seite Einspruch erhoben; man wollte von dieser Seite den Generalinspektor direkt dem Sultan unterordnen und so jede Erinnerung an eine internationale Herkunft verwischen. Darüber waren zehn volle Wochen verstrichen. Man vernahm am Konferenztische zum erstenmal, und zwar aus dem Munde des ersten deutschen Delegierten, das Wort von der *conditio sine qua non*, und diesem Worte war die Wendung angefügt, Deutschland würde, wenn in dem Punkte der Polizeikontrolle eine Einigung nicht erfolge, sich wahrscheinlich von der Konferenz zurückziehen müssen. Damit war nach all dem Hin und Her der Plenar-, Komitee- und Redaktionsitzungen, nach all den diplomatischen Wendungen und Schwankungen der zehn Konferenzwochen, in denen alles nur wie leere Umdrehung erschienen war, die Gefahr des Scheiterns der Konferenz unmittelbar nahe gerückt. Da, in zwölfter Stunde, wurde die Verständigungsformel gefunden. Der neutrale Generalinspektor wird seine Berichte nicht bloß dem Di-

plomatischen Korps in Tanger, sondern auch dem Maghzen erstatten, damit er in der Lage sei, darüber zu wachen, daß die Polizei den durch die Konferenz getroffenen Entscheidungen entsprechend funktioniere und in wirksamer Weise die Sicherheit von Person und Eigentum gewährleisten. Im übrigen wird der Generalinspektor dem Sultan unterstellt sein. Was noch von den Konferenzdelegierten aufzuarbeiten ist, die Frage der Verteilung der acht marokkanischen Häfen unter die französischen und spanischen Instruktionen, die Gründungsanteil- und Zensorenfrage bei der marokkanischen Staatsbank, darüber wird man hinwegkommen. Man hat an dieser Konferenz merkwürdige Erfahrungen machen können, die über das marokkanische Problem weit hinausreichen, man konnte aus der Gruppierung der Mächte manche Lehre abnehmen, und ganz ohne Spur wird in der internationalen Politik und in den allgemeinen Vorstellungen von ihrer jüngsten Entwicklung nicht bleiben, was auf der Konferenz zu beobachten war. Man braucht nur an den Zwischenfall der Lansdorf-Cassini-Note zu erinnern. Es sind in der Konferenz gewisse Zusammenhänge, wie der zwischen Frankreich und England, zwischen Italien und Frankreich, zwischen Frankreich und Rußland, mit größerem Nachdruck betont worden, als man vorher zu glauben Veranlassung gehabt hatte. Doch eben deshalb ist es so erfreulich und willkommen, daß jetzt in Algerien mit der friedlichen Erledigung des dornigsten Streitpunktes das Resultat der Konferenz im Sinne internationaler Ausgleichung entschieden worden ist.

Die endlich in der Polizeifrage erzielte Einigung wird den Wünschen der Delcasséleute gewiß nicht entsprechen; sie hatten hinter den Kulissen die Sache anders arrangiert und auf einen anderen Ausgang gehofft. Durch die nach Delcassés Rücktritt mit Rowdier getroffene deutsch-französische Verständigung schien eine friedliche Erledigung der Streitfragen auf der Konferenz gesichert. Unerwartet aber fiel die französische Politik in die Pläne Delcassés zurück. Darauf deutete schon das Mitte Dezember 1905 in Paris veröffentlichte Gelbbuch hin, noch klarer aber das Verhalten Frankreichs, dem England zur unbedingten diplomatischen Unterstützung vertragsmäßig verpflichtet ist, auf der Konferenz. Nicht nur in dem an Algerien grenzenden Teil Marokkos verlangte Frankreich Privilegien, sondern in allen Punkten, in ganz Marokko, vor allem in Sachen der Finanzen und der Polizei. Die Franzosen forderten nach wie vor die Hegemonie, die mit Notwendigkeit zum Protektorat oder zur Annexion Marokkos führen mußte. Das stand im schärfsten Widerspruch sowohl zu der Madrider Konvention von 1880, wie zu den Abmachungen über das Konferenzprogramm. Deutschland mußte dagegen Einspruch erheben, wollte es sich nicht demütigt unterwerfen. Darin liegt die Antwort auf die Frage: Was ist uns Marokko? Ganz abgesehen von unseren Rechten und Interessen, dort handelt es sich um unser Ansehen, unsere Ehre und unsere Macht in der Welt. Aber auch die Frage über eine zaghafte Schwächlichkeit der deutschen Politik greift daneben. Sie schließt eigentlich den Vorwurf in sich, daß Deutschland nicht die gute Gelegenheit benutzte, um zuzugreifen und sich ein Stück Marokkos, einen Hafen, eine Kohlenstation, sonstige Vorteile anzueignen. Das wäre ein arges Verrat an internationalem Recht und eigener Loyalität, die die Souveränität und Integrität Marokkos und die Gleichberechtigung der Mächte proklamiert hatte. Deutschlands ganze Politik konnte nur auf das eine Ziel ausgehen, jene Grundsätze durch internationale Verträge festzulegen, damit den Monopolgeheimnissen Frankreichs einen Riegel vorzuschieben und zu verhindern, daß Frankreich die Reformen zur Beherrschung Marokkos mißbraucht. Wie das im einzelnen geschehen kann, ist Sache der Zweckmäßigkeit. Und gerade weil Deutschland fest auf seinem Prinzip bestand, konnte es zu den Ausführungsmaßnahmen dieser oder jenen Weg gehen, wenn sie nur zum Ziele führten: Eine Einigung mit internationalen Garantien. Die ist jetzt erfolgt.

(Telegramme.)

\* Algerien, 28. März. Die langen privaten Verhandlungen über die Stellung des Generalinspektors haben zu einer vorläufigen Einigung über den folgenden Wortlaut der betreffenden Artikel des Polizeireglementes geführt:

Artikel 6. Die Tätigkeit der Polizei wird während desselben Zeitraumes von fünf Jahren einer Generalinspektion unterliegen, die von Seiner Kaiserlichen Majestät einem höheren Offizier des niederländischen oder schweizerischen Heeres übertragen werden soll, dessen Wahl durch die niederländische Regierung oder die schweizerische Bundesregierung der Genehmigung des Sultans zu unterbreiten ist. Dieser Offizier er-

hält den Titel „Generalinspektor“ und nimmt seinen Wohnsitz in Tanger. Er soll mindestens einmal im Jahre die verschiedenen Polizeikorps besichtigen und nach diesen Besichtigungen einen an den Maghzen zu richtenden Bericht aufstellen. Außer den regelmäßigen Berichten kann er nach seinem Ermessen besondere Berichte über jede die Tätigkeit der Polizei betreffende Frage abfassen. Ohne direkt in das Kommando oder die Instruktion einzugreifen, soll der Generalinspektor von den durch die scharifische Polizei erzielten Ergebnissen Kenntnis nehmen unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung von Ordnung und Sicherheit an Orten, wo die Polizei eingerichtet werden wird.

Artikel 7. Die vom Generalinspektor dem Maghzen in Erfüllung seines Auftrages zu erstattenden Berichte und Mitteilungen sind zur selben Zeit in einer Abschrift dem Doyen des diplomatischen Korps zu übersenden, damit das diplomatische Korps in die Lage gesetzt ist, festzustellen, daß die scharifische Polizei gemäß den von der Konferenz gefaßten Beschlüssen arbeite, und zu überwachen, ob sie wirksam und den Verträgen gemäß die Sicherheit von Leib und Gut der fremden Staatsangehörigen wie die Sicherheit des Handelsverkehrs verbürgt.

Artikel 8. Im Falle von Reklamationen, die durch eine beteiligte Gesandtschaft an das diplomatische Korps gelangen, kann dieses unter Mitteilung an den Vertreter des Sultans den Inspektor auffordern, zweckentsprechend über diese Reklamationen eine Unterredung vorzunehmen und zu berichten.

Artikel 9. Der Generalinspektor erhält ein jährliches Gehalt von 25 000 Frank; außerdem wird ihm eine Entschädigung von 6000 Frank für Reisekosten gewährt. Der Maghzen stellt ihm ein passendes Haus zur Verfügung.

Die Fassung dieser Artikel rührt von dem amerikanischen Delegierten Herrn White her. Durch diese Vorarbeit über die Stellung und Befugnisse des Generalinspektors, die den internationalen Charakter der Polizeiorganisation verbürgen, ist ein günstiger Abschluß der Konferenz näher gerückt, jedoch werden noch Schwierigkeiten in anderen Fragen zu überwinden sein.

\* Algerien, 29. März. Heute vormittag berieth die Kommission die in enger Wechselwirkung stehenden Fragen des Zollzuschlags und der Spezialklasse, in die die Mehrerträge abzuführen sind, und deren Verwendung zur Ausführung öffentlicher Verbesserungen dienen soll, sowie die Frage der Vergebung von Konzessionen und Staatsaufträgen. Es gelang noch nicht, die Opposition der Marokkaner dagegen, daß die Mehrerträge unter europäischer Aufsicht verwendet werden sollen, zu überwinden. Sie zeigen sich enttäuscht darüber, daß ihnen die neuen Einkünfte nicht zur freien Verfügung überlassen werden sollen. Heute nachmittag findet gleichfalls eine Kommissionsitzung statt.

\* Algerien, 29. März. Der Redaktionsausschuß beendete die Beratung über die Steuern u. begann die Erörterung des Reglements über den Waffenschmuggel und das Reglement über den Schmuggel überhaupt, um gewisse Widersprüche in Einklang zu bringen. Die marokkanischen Vertreter führen fort, wie gestern vormittag, allerlei Einwände zu erheben. Während dieser Komiteesitzung versammelten sich die ersten Delegierten der Mächte bei dem Herzog von Almodovar und schritten zu einer Prüfung der noch zu vollbringenden Arbeiten. Sie drückten den Wunsch aus, daß diese Arbeiten, wenn möglich, am nächsten Samstag beendet sein möchten, so daß im Laufe der nächsten Woche das Protokoll zur Schlußfassung vorbereitet werden kann, was in diesem Falle etwa am 8. April erfolgen würde.

\* Paris, 29. März. Nach einer Meldung der Ag. Havas aus Port Say ist der Kampf zwischen dem Maghzen und den Truppen des Prätendenten ergebnislos verlaufen. Die Feinde verblieben in ihrer Stellung.

## Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

\* Berlin, 28. März.

In der Fortsetzung der Debatte über Wahlprüfungen beantragte Abg. Liebermann v. Sonnenberg, die Wahl Raab (wirtsch. Bgg.) an die Kommission zurückzuverweisen. Nach weiterer Debatte wird der Antrag Liebermann abgelehnt und der Antrag der Wahlprüfungskommission, der Beweiserhebung verlangt, angenommen. Bezüglich der Wahl Scherre (Reichspartei, sechster Wahlkreis Merseburg) beantragt die Kommission gleichfalls Beweiserhebung. Abg. Arendt (Reichspartei) bittet, von einer Beanstandung Abstand zu nehmen. Abg. Wertens (freif. Vpt.) tritt für den Kommissionsantrag ein, welcher angenommen wird. Bezüglich der Wahl des Abg. Baffermann (viertes Wahlkreis Frankfurt a. d. O.) beantragt die Kommission Gültigkeitserklärung. Abg. Fischer-Berlin (Soz.) erklärt, die Rede des Fürsten Bülow im Herrenhause vom 15. Mai 1904, in welcher Fürst Bülow für die volle Einigung der bürgerlichen Parteien zu Gunsten Baffermanns gegen die Sozialdemokraten eintrat, sei eine unzulässige Wahlbeeinflussung gewesen. Redner beantragt die Wahl deshalb für ungültig zu erklären. Abg. Potthoff (freif. Bgg.) schließt sich diesen Ausführungen an, während Wellstein und Spahn vom Zentrum für den Kommissionsantrag

eintreten. Abg. Lucas (natl.) führt aus, in Konsequenz der sozialdemokratischen Ansicht müsse man einfach alle Wahlen fassen, da sich der Reichskanzler regelmäßig bei den Staatsdebatten gegen die Sozialdemokratie ausspricht und man müsste dem zur Leitung der inneren Politik berufenen Ministerpräsidenten einfach den Mund verbieten. Abg. Fischer-Berlin (Soz.) tritt diesen Ausführungen entgegen und nennt unter stürmischer Heiterkeit des Hauses den Abg. Wassermann mehrmals v. Wassermann. Ja, wenn Herren von der Börse gabelt werden, kann doch Herr Wassermann auch noch abelig werden (Stürmische Heiterkeit). Die Wahl des Abg. Wassermann wird darauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Freiwillichen Vereinigung für gültig erklärt.

Es folgt die Fortsetzung der Beratung des Marineetat und zwar bei dem Titel „Gehalt des Staatssekretärs“.

Abg. Müller-Meiningen (frei, Vpt.) bringt einige Fälle schlechter Behandlung von Untergebenen, darunter eines Einjährig-Freiwilligen, in der 4. Kompanie des ersten Seebataillons in Kiel zur Sprache.

Kapitän z. S. v. Feringen geht aufgrund der Akten auf den vom Vorredner berührten Fall ein und erklärt, es habe sich dabei um eine recht schwierige Persönlichkeit gehandelt, die den Vorgesetzten das Leben blutiger machte. Jede vorchriftswidrige Behandlung verurteilt die Marineverwaltung auf das Schärfste.

Abg. Giesberts (Zentr.) sagt, wir müssen verlangen, daß die Betriebe, die wie Krupp im wesentlichen von der Marineverwaltung leben, sozialen Musterbetrieben möglichst nahe kommen. Redner entwirft dann eine Schilderung der mangelhaften Einrichtungen in den Krupp'schen Werkstätten. In den Krupp'schen Feuerbetrieben würden auch die angesehenen Bauern nicht innegehalten. Die Marineverwaltung sollte ihren Einfluß zugunsten der Einführung des Achtstundentages bei Krupp geltend machen.

Der Titel „Gehalt des Staatssekretärs“ wird darauf bewilligt.

Auf Antrag des Grafen Orsola (natl.) wird sodann die Beratung des Marineetat unterbrochen und die Abstimmung über die Flottennovelle und den freiwillichen Vermögenssteuerantrag vorgenommen, welche gestern die Beschlussfähigkeit des Hauses ergeben hatte. Der Antrag der Volksparteien wird in namentlicher Abstimmung mit 142 gegen 87 Stimmen abgelehnt. Die Novelle zum Flottengesetz wird darauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Volksparteien angenommen.

Sodann wird die Beratung des Marineetat wieder aufgenommen. Eine Reihe von Titeln werden angenommen.

Bei dem Titel Instandhaltung der Flotte und der Werften bringt Abg. Legien (Soz.) Arbeiterfragen zur Sprache und verlangt Aufklärung, warum für die Werftarbeiter nicht vom 1. April ab der neunstündige Arbeitstag eingeführt werde, wie es der Staatssekretär ursprünglich in Aussicht genommen habe. Die Arbeiter hätten zu den Werftarbeiterausschüssen, an die allein sie sich wenden dürften, kein Vertrauen, da sie der Verwaltung gegenüber keinen Einfluß hätten. Nach dem amtlichen Nachweis ständen sich die Werftarbeiter schlechter als die in den Betrieben des Reichsheeres beschäftigten Arbeiter. Auf der Kieler Werft gebe es sogar Arbeiter, die einen geringeren Lohn hätten, als den ortsüblichen Tagelohn.

Abg. Spahn (Zentr.): Die Kritik des Vorredners an den Arbeiterausschüssen ist zu weitgehend. Die Petition um Besserstellung der Beamten möge die Regierung wohlwollend erwägen.

Staatssekretär v. Tirpitz: Der Neunstundentag läßt sich nicht so leicht einführen, da so viele Einzelheiten zu beachten sind. Von einer Bewegung der Unzufriedenheit bei den Arbeitern der kaiserlichen Werft ist mir nichts bekannt. Sollte eine solche bestehen, so wird Herr Legien nicht ganz unschuldig daran sein. Der Einfluß Legiens und seiner Freunde kann es nur mit sich bringen, daß die Marineverwaltung in ihrem Bestreben, die Lage der Arbeiter zu bessern, noch vorsichtiger wird (Lärm bei den Sozialdemokraten). Die Löhne sind höher als auf den Privatwerften. Streiks gehen uns im allgemeinen nichts an. Kommen aber militärische Interessen in Frage, so wird der, welcher nicht Ordre pariert, entlassen.

Nachdem Legien nochmals auf seine Beschwerde zurückgekommen war, trat Vertagung ein.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. Statnotgesetz, Marineetat, Kolonialetat. Schluß 8 Uhr.

(Telegraphischer Bericht.)

\* Berlin, 29. März.

Präsident Graf Ballestrem eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min.

Staatssekretär v. Stengel begründet zunächst die Vorlage, betreffend die Bewilligung von zwei Zwölftel des Budgets für die Monate April und Mai.

Die Abg. Nischhofen (konf.) und Müller-Sagan (fr. Vp.) beantragen Verweisung an die Kommission.

Der Antrag wird angenommen.

Hierauf wird der Rest des Marineetat erledigt. Reichskanzler Fürst Bülow tritt den Saal.

Es folgt die Beratung des Etats für das Reichskolonialamt. Die Budgetkommission hat diesen Etat abgesetzt und beantragt, die in demselben geforderte Summe, darunter 25 000 M. Gehalt für einen Unterstaatssekretär auf den Etat des Auswärtigen Amtes zu übernehmen. Die Nationalliberalen und Konservativen haben einen Antrag auf Wiederherstellung des Etats eines selbständigen Reichskolonialamtes eingebracht.

Abg. Spahn (Zentr.) spricht über die Kommissionsverhandlungen. Die Kommission habe sich nicht von der Notwendigkeit der Schaffung eines selbständigen Kolonialamtes überzeugen können und bittet um Annahme des Kommissionsantrages.

Reichskanzler Fürst Bülow: Im Namen der Verbündeten Regierungen und auch für meine eigene Person als Chef der Reichsverwaltung möchte ich Sie bitten, der Vorlage über die Errichtung eines Reichskolonialamtes zuzustimmen. Die Vorlage ist eine Maßnahme, die wir nach allen Seiten reichlich geprüft und überlegt haben. Die Organisation der obersten Reichsbehörden betrachte ich als eine Einrichtung, deren Gefüge nicht ohne Not angetastet oder verändert werden soll.

Ich glaube, daß die Freunde und Feinde unserer Kolonialpolitik heute darin einig sind, daß sie anerkennen, von welcher Bedeutung und Wichtigkeit es für die Reichs-

finanzien und für unsere wirtschaftliche Zukunft, sowie für unsere Stellung in der Welt ist, ob die Kolonialgeschäfte richtig und zweckmäßig wahrgenommen werden oder nicht. Deutschland ist eine Kolonialmacht geworden und kann sich den daraus entstehenden Verpflichtungen nicht entziehen. Die gegenwärtige Organisation unserer Kolonialverwaltung ist unzulänglich. Schon im Dezember 1904 habe ich darauf hingewiesen, daß der Reichskanzler in der Lage sein müsse, auch für die Kolonialgeschäfte einen verantwortlichen Stellvertreter zur Seite zu haben, wie für die übrigen Ressorts. Nach den bestehenden verfassungsrechtlichen Grundfragen können nur die Chefs der obersten Reichsämter mit der Stellvertretung des Reichskanzlers betraut werden. Wir müssen also die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes zu einer obersten Reichsbehörde ausgestalten oder durch eine Aenderung des Stellvertretungsgesetzes die Möglichkeit schaffen, daß der im Verbands des Auswärtigen Amtes verbleibende Direktor oder Unterstaatssekretär der Kolonialabteilung mit der Stellvertretung ausgestattet werde. Nur eine reinliche Scheidung des Auswärtigen und des Kolonialamtes kann mir die Möglichkeit geben, mit dem Chef der Kolonialverwaltung in gleicher Weise zu arbeiten, wie mit den Vorständen der übrigen Reichsämter. Einfachheit und Klarheit sind die nötigen Voraussetzungen für den gleichmäßigen Gang der Reichsmaschine.

\* Berlin, 28. März. Die Budgetkommission des Reichstags nahm gegen eine Stimme den Antrag Goch v. Olenhusen an, nach welchem dem Reichstage noch in der gegenwärtigen Session ein Gesetzentwurf vorgelegt werden soll, durch welchen die Zucksteuer von 14 auf höchstens 10 M. für den Doppelzentner herabgesetzt wird. Im Laufe der Debatte hatte Ministerialdirektor Kühn gegen diesen Antrag das Bedenken vorgebracht, daß gegenwärtig noch nicht übersehbar sei, wie der durch die Steuerherabsetzung eintretende vorübergehende Einnahmeausfall gedeckt werden könne. Der zweite Teil des Antrags Goch-Olenhusen wird morgen beraten werden. Dieser Teil befaßt, bei den handelspolitischen Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika solle dafür Sorge getragen werden, daß der deutsche Zucker mit dem kubanischen Zucker, wie überhaupt mit Rohrzucker auf dem amerikanischen Markte gleichgestellt werde.

\* Berlin, 29. März. Die Steuerkommission des Reichstags beendete die Beratung der Zigarettensteuer.

Die Unruhen in den Kolonien.

(Telegramme.)

\* Berlin, 29. März. Oberst Dame meldet aus Warmbad: In den Bergen nordöstlich der Linie Belladrist-Gansdrift befinden sich keine stärkeren feindlichen Kräfte mehr, hingegen führen zahlreiche Spuren kleinerer Kruppen durch das zerklüftete Gelände nach Osten. Am 21. März wurde eine Pferdewache bei Jerusalem von etwa 30 Hottentotten angegriffen; es fielen hierbei ein Unteroffizier und drei Reiter, ein Reiter wurde leicht verwundet, 15 Pferde wurden abgetrieben. Major v. Gersdorff hat die Verfolgung der Hottentotten mit allen verfügbaren Truppen aufgenommen. Er erreichte mit den vordersten Teilen am 24. März die Linie Stolzenfels-Ullmas. Die in Englisch-Namansdrift gesammelten Flüchtlinge sind durch die Skappolizei nach Steinkopf (50 Kilometer südlich des Orange) abtransportiert worden.

\* Hamburg, 29. März. Der gestern mittag von Swakopmund eingetroffene Postdampfer „Erna Woermann“ brachte auch fünf Offiziere und höhere Militärbeamte, 50 Unteroffiziere und Mannschaften und die Leichen des Leutnants Bandermann und des Pioniers Schulz mit.

Der Ausstand im französischen Kohlenbecken.

(Telegramme.)

\* Lens, 29. März. Gestern nacht wurden bei Schacht III, als Gendarmen und Deagoner Ansammlungen von Ausständigen gefahren, Revolvereinsätze abgefeuert. Der Täter konnte bisher nicht ermittelt werden.

\* Lens, 29. März. Die allgemeine Abstimmung der Bergarbeiter im Departement Pas de Calais ergab 20 574 Stimmen für den Ausstand und 12 582 für Fortsetzung der Arbeit. Es kam nirgends zu einem Zwischenfall.

\* Lens, 29. März. Man glaubt, daß der für heute einberufene Kongreß der Syndikatsvertreter auf die gestrige Abstimmung keine Rücksicht nehmen und die Fortsetzung des Ausstandes beschließen wird.

\* Lille, 29. März. Im Departement Nord wurde die Fortsetzung des Ausstandes beschlossen.

\* Köln, 28. März. Wie die „Kölnische Zeitung“ meldet, hat Seine Majestät der Kaiser die aus Courrières heimgekehrten deutschen Bergungsmannschaften auffordern lassen, sich ihm am 2. April, nachmittags, in Krefeld vorzustellen.

Aus dem englischen Parlament.

(Telegramme.)

\* London, 28. März. Unterhaus. Unterstaatssekretär Runciman erklärt, die türkischen Kruppen hielten Zabab noch besetzt, die Verhandlungen nähmen ihren Fortgang. In Verantwortung einer Anfrage, dahingehend, ob Verhandlungen mit der serbischen Regierung in der Absicht einer Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen im Gange seien, erwidert Runciman: Nein.

Generalstaatsanwalt Lawson Walton brachte einen Gesetzentwurf ein, durch den die bestehenden Vorschriften, betreffend die Trade Unions und die Ausstände abgeändert werden sollen. Der Antragsteller erklärte, der Entwurf sei nötig geworden infolge der Entscheidung, die die Gerichte in dem bekannten Taff-Bala-Prozess getroffen hatten, in dem als Recht erkannt worden war, daß Schadenersatz infolge ungesetzlichen Vorgehens von Mitgliedern einer Trade Union während des Ausstandes aus dem Vermögen des betreffenden Gewerkschafts erwirkbar ist, auch wenn dieses Vorgehen nicht durch das Exekutivkomitee desselben gutgeheißen worden sein sollte. Walton erklärte, daß gemäß den Bestimmungen des Entwurfes Ersatz für Schäden, die durch geschwundene Handlungen verursacht sind, nicht aus dem Vereinsvermögen beansprucht werden kann, sobald diese Handlungen nicht durch das Exekutivkomitee der Trade Unions genehmigt worden sind. Walton bekämpft die Forderung der Arbeitervertreter, daß das Vermögen der Trade Unions ganz und gar gegen derartige Ansprüche geschützt sein solle, und erklärt: Lassen Sie uns kein privilegiertes Proletariat schaffen! Der Minister gibt indessen zu erkennen, daß die Regierung die Frage schließlich der Entscheidung des Hauses überlassen werde, und erklärt, der Gesetzentwurf legalisiere auch das friedliche Streikpostensystem.

Shadwell (Arbeiterpartei) erklärt, die Arbeiterpartei könne mit dem Gesetzentwurf nicht zufrieden sein. Die Regierung habe bei den Wahlen versprochen, die Forderungen der Arbeiterpartei zu begünstigen.

Im weiteren Verlaufe der Beratung sprachen sich mehrere Redner der Arbeiterpartei und der Regierungspartei für die Notwendigkeit aus, die Bestimmungen des Entwurfes in dem Sinne auszudehnen, daß Ersatzansprüche für Streikschäden gegen die Vermögen der Gewerkschaften überhaupt nicht geltend gemacht werden können. Schließlich wird der Entwurf in erster Lesung angenommen.

Zur Lage in Russland.

(Telegramme.)

\* St. Petersburg, 28. März. Der Senat beschloß, den Präsektion von Odesa, Reibhardt, von der Verantwortung für die dort vorgekommenen Unruhen zu befreien und dem Unterrichtsminister Mitteilung zu machen vom Verhalten des Rektors der Universität Odesa, der gegen Reibhardt als Zeuge aufgetreten war. Ferner hat der Senat beschlossen, auch den Gouverneur von Kurland, Kurlow, von der Verantwortung freizusprechen und dem Justizminister von dem inkorrekten Verhalten der Staatsanwaltschaft gegen Kurlow Mitteilung zu machen.

\* Moskau, 29. März. Die Dumawahlen des ersten Grades in Moskau hatten folgendes Ergebnis: Gewählt wurden 63 Wahlmänner von der Rechten, 35 von der Linken und 8 unbestimmter Parteizugehörigkeit. Unter den Gewählten befindet sich Schipow, der Vorsitzende des Verbandes vom 30. Oktober und der Fürst Dolgorukow.

\* Odesa, 29. März. Acht bewaffnete Anarchisten drangen gestern in ein Geschäftsbüro und forderten 2000 Rubel. Als ihnen dies verweigert wurde, verprügelten sie, die Kasse zu plündern, ergreifen aber, nachdem ein Angestellter einen Schuß auf sie abgegeben, die Flucht. Drei derselben konnten festgenommen werden. Zum Schutze der für den Verkehr bestimmten Abteilungen der Postverwaltung sind außerordentliche Maßregeln getroffen worden.

\* Riga, 29. März. Neuerdings hier vorgenommene Verhaftungen führten zur Entdeckung einer weit verzweigten revolutionären Organisation. Es wurden Massen, wichtige Korrespondenzen und Proklamationen aufzweihundert Mitglieder der Kampfororganisation, darunter eine des zweifachen Mordes angeklagte Frau, zu 15jähriger Zwangsarbeit.

\* Charlou, 29. März. Heute morgen wurde ein Versuch gemacht, die Wolga-Bank zu verheeren. Es gelang vier von den Räubern zu verhaften, während die übrigen entkamen. Ein Mann der Schutzwache wurde dabei vermundet.

\* Tiflis, 29. März. General Rennenkampf hat die wegen Teilnahme am Ausstande vom Kriegsgericht am 27. d. M. zum Tode verurteilten 13 Postbeamten zu Zwangsarbeit und Verbannung begnadigt.

Großherzogtum Baden.

(Telegramme.)

\* Karlsruhe, 29. März. Seine königliche Hoheit der Großherzog hörte heute gegen Abend die Vorträge des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo und des Legationsrats Dr. Seyb.

Zu seiner königlichen Hoheit die Großherzogin besuchte mit Ihrer Hochfürstlichen Durchlaucht der Prinzessin Hermine Neuf abends 7 Uhr das vom hiesigen Badverein veranstaltete Konzert in der evangelischen Stadtkirche.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben in Gnaden geruht, den Sergeanten Adam Maurer unter Verleihung des Titels „Sattelmeister“ zum Offizianten III. Klasse zu ernennen.

(Ein Revisionsentwurf) der badischen Städteordnung liegt, wie die Oberk. Korresp. erfährt, den Oberbürgermeistern der Städte der Städteordnung zur Begutachtung vor.

(Karlsruher Alterntumsverein.) Wir machen auf die morgen Freitag den 30. d. M. im Wöninger stattfindende Sitzung aufmerksam, in welcher der mit der Restaurierung des Hauses zum Ritter in Heidelberg betraute Regierungsbaumeister O. Linde aus Baden-Baden sprechen wird.

(Deutsche Kolonialgesellschaft, Abteilung Karlsruhe.) Am Mittwoch den 4. April veranstaltet die hiesige Abteilung der Deutschen Kolonialgesellschaft einen Vortragsabend im großen Museumsaal. Als Redner ist Hauptmann Bayer vom Generalstab der Schutztruppe gewonnen worden, der über den südwestafrikanischen Krieg und dessen Bedeutung für die Kolonien sprechen wird. Hauptmann Bayer stand vor seiner Verurteilung nach Deutsch-Südwestafrika beim Großen Generalstabe in Berlin. Er wurde dem Stabe des Marine-Expeditionschefs als Generalstabsadjutant zugeordnet und fuhr mit dieser unter Oberst Dürr stehenden Formation schon im Februar 1902 nach der Kolonie, also noch nicht einen Monat nach Ausbruch des Ausstandes. Ende März 1904 trat er dann zum Stabe des Generalmajors Leutwein über und war in Ostafrika mit Formierung der gegen die Pereros bestimmten Abteilung betraut, jener Abteilung, die dann am 9. April

bei Oganjiba unter Leutweins Führung einen der bedeutendsten Siege gegen die Hereros erfocht. An diesem und den sich anschließenden Gefechten nahm Hauptmann Bayer teil. Er trat dann Anfang Mai 1904 zu der Abteilung Eschhoff, bei deren erprobtem Führer er Generalstabsdienst versah. Das Detachement hatte den schwierigen Auftrag, den Hereros nachzumarschieren, ihre Stellung zu erkunden und sie an einem Abmarsch nach der englischen Grenze zu verhindern. Zwei Monate lang mußte die Abteilung durch fast unbekanntes Gelände und dichtesten Dornbusch vordringen, bis sie schließlich nach Erreichung des Omoramba-Omatako in Höhe von Osondema ihre Aufgabe als gelöst betrachten konnte: die Hereros hatten sich südlich des Waterberges zusammengezogen und konnten dort später mit den gesamten Kräften angegriffen werden. Inzwischen war Generalleutnant von Krotha im Schutzgebiet eingetroffen und berief den Hauptmann Bayer sofort zu sich. Letzterer blieb von da ab — fünfviertel Jahr lang — beim Hauptquartier als Generalstabsoffizier, machte in dieser Stellung das Gefecht von Samatari (Waterberg) und die sich daran anschließende anstrengende Verfolgung in das wasserarme Sandfeld mit und ging dann später (März 1905) mit dem Hauptquartier nach dem Süden gegen die Witboois. In Keetmanshoop bekam Herr Hauptmann Bayer den Typhus, jene Krankheit, der so viele der Unseren in Afrika zum Opfer gefallen sind. Wenn er auch den Typhus glücklich überstand, so wurde dadurch doch, im Verein mit den Entbehrungen und Strapazen eines anderthalbjährigen Krieges seine Rückkehr (September 1905) nach der Heimat notwendig. Hauptmann Bayer hatte, wie wenige nur, Gelegenheit, durch seine dienstliche Verwendung in den letzten Stadien ein klares, richtiges und umfassendes Gesamtbild des Krieges in Südwesafrika zu erhalten. Er kann daher augenblicklich als einer der besten Kenner des Krieges in Südwesafrika und der gegenwärtigen Lage in der Kolonie betrachtet werden.

Das hiesige Institut (Fest) entließ zu der auf den 26. bis 29. März hier abzunehmenden Prüfung für den einjährig-freiwilligen Dienst sechs Schüler mit Zeugnissen; alle sechs bestanden die Prüfung. — Die Schule beginnt ihr Sommersemester am 18. April.

Die diesjährige Ausstellung von Lehrkräften und Gesellen für den Handwerkskammerbezirk (Karlsruhe) wird am nächsten Sonntag, den 1. April, vormittags halb 12 Uhr in den Räumen des Groß-Landesgewerbeamts eröffnet. Die Prämierung der ausgestellten Gegenstände findet morgen, am 2. März, durch das von der Handwerkskammer gebildete Preisgericht statt. Die Ausstellung dauert vom 1. bis 8. April und ist täglich von 8 Uhr morgens bis abends 7 Uhr geöffnet. Die Besichtigung der Ausstellung ist eine sehr befriedigende.

(Aus dem Polizeibericht.) In vergangener Nacht fiel infolge hochgradiger Trunkenheit ein junger Mann beim Rondbellplatz zu Boden und zog sich eine stark blutende Wunde am Kopfe zu. Der Gefallene, dessen Name nicht festgestellt werden konnte, blieb bewußtlos liegen; er wurde durch zwei Zivilpersonen und einen Schutzmann zunächst auf die Polizeiwache im Amtshaus und sodann durch zwei Schutzleute mittels Tragbahre in das städt. Krankenhaus verbracht. — Gestern abend 9 Uhr erlitt ein lediger Schreiner aus Durlach in der Sofienstraße dadurch einen Unfall, daß er mit seinem Fahrrad in einen auf der Straße stehenden, unbedeutenden Handarren hineintrampte, wobei ihm ein am Karren vortretendes Eisen in den linken Oberarm hineindrang. Der Verletzte wurde, nachdem ihm auf der Polizeiwache am Mühlburger Tor ein Notverband angelegt worden war, nach dem Diaconissenhaus verbracht, wo er wegen der Schwere der Verletzung auf Anordnung des Arztes verbleiben mußte.

Mannheim, 29. März. In seiner gestrigen Sitzung hat der Stadtrat Herrn Dr. Karl Hagemann, Theaterkritiker und Feuilletonredakteur der „Reinisch-Westfälischen Zeitung“ in Essen, nach dem Vorschlag der Theaterkommission einstimmig zum Intendanten des Hof- und Nationaltheaters gewählt. Dr. Hagemann, der im 35. Lebensjahr steht und aus Darburg gebürtig ist, studierte Philosophie, Kunst- und Musikgeschichte und promovierte in Heidelberg. Ueber seine schriftstellerische Tätigkeit schreibt die „N. Bad. Landesztg.“: Seine erste literarische Arbeit behandelte die Geschichte des Theaterzittels. Er hat sich durch seine tüchtigen und systematischen, solid gearbeiteten Bücher über Dramaturgie in verhältnismäßig kurzer Zeit einen Namen gemacht. Seine Theorie der Schauspielregie hat er in seinem bei Schuster und Köfeler erschienenen Buch „Regie, die Kunst der szenischen Darstellung“ dargelegt, dem in diesem Jahr seine „Opernregie“ gefolgt ist. Im gleichen Verlag hat Hagemann die bekannte Monographienammlung „Das Theater“ herausgegeben, in deren Rahmen er selbst eine Biographie der Wilhelmine Schröder-Devrient veröffentlicht hat. Hagemanns jüngste Arbeiten galten, wenn wir nicht irren, Oscar Wilde; er hat auch ein „Oskar Wilde-Brevier“ zusammengestellt. Hagemann vertritt als Kritiker und Dramaturg ohne besondere Extreme, mit Maß und Gesichts die „Moderne“ im guten Sinn. Seine Art läßt sich in Kürze etwa damit charakterisieren, daß er in seiner „Regie der Oper“ das Prinzip der Wagnerischen Musikdramas auf die Darstellung der Oper überhaupt angewendet wissen will. Nach seinen Schriften zu urteilen, scheint Dr. Hagemann einen praktischen Blick für das Bühnenmäßige mit guter Bildung und literarischem Instinkt zu vereinen. Dr. Hagemann, der bisher auf dem Theatergebiete nur Theoretiker ist, wird von den Mannheimer Vätern sympathisch begrüßt. Der „Mannheimer Gen.-Anz.“ widmet auch dem scheidenden Intendanten, Herrn Hofmann, anerkennende, freundliche Abschiedsworte.

Baden, 28. März. Am Montag, Dienstag und heute fanden unter dem Vorsitz des Herrn Oberbürgermeisters Gönner Sitzungen des Bürgerversammlungsausschusses statt, in welcher der Voranschlag für das Jahr 1906 zur Beratung kam. Herr Bürgermeister Fieser hielt den einleitenden Vortrag über die finanziellen Verhältnisse der Stadt, worauf die Beratung der einzelnen Positionen folgte. Heute wurde dann über den Voranschlag abgestimmt und derselbe mit einer Umlage von 58 Pf. (gegen 53 Pf. im Vorjahr) angenommen.

Baden, 29. März. Das zehnte und letzte der in dieser Winterzeit vom Stadt-Kunstkomitee veranstalteten „Bonnemerntskonzerte“ findet morgen, Freitag den 30. März, abends 8 Uhr, im großen Saale des Konversationshauses statt. Neben dem Stadt-Orchester werden in demselben die Konzertsängerin Frau Margarete Almann-Kuntz aus Straßburg und der Klaviervirtuose Herr Leopold Godowsky aus Berlin mitwirken.

Freiburg, 29. März. In verfloßener Nacht ist Geisfl. Rat Schöber, Stadtpfarrer und erster Geistlicher am Münster, der schon seit einiger Zeit schwer krank darniederlag, seinen Leiden erlegen. Der Verstorbene erfreute sich in allen Kreisen der hiesigen Bevölkerung einer großen Hochachtung und Beliebtheit wegen seines milden, für alle Wohlwollenden Wesens. Die Teilnahme an dem Hingange dieses edlen Mannes wird eine große sein. Ob Geisfl. Rat Schöber hierher kam, war er Stadtpfarrer in Konstanz an der Stefanskirche und erstreckte sich auch dort allgemeiner Beliebtheit.

Neue Nachrichten aus Baden. Der Voranschlag des Kreisfiskus Heilberg schließt in Einnahmen mit 213 232 M., in

Ausgaben mit 456 733 M. ab. Das Steuerkapital beträgt 529 972 268 M., die Umlage 46 Pf. von 1000 M. — Der Voranschlag des Kreisfiskus Heilberg sieht an Einnahmen 176 913 M., an Ausgaben 281 128 M. vor. Zur Deckung desselben wird bei einem beitragspflichtigen Steuerkapital von 210 096 996 M. die Erhebung einer Umlage von 50 Pf. pro 1000 M. Steuerkapital nötig. — Die Steuerkapitalien des Kreises Konstanz haben sich von 398 421 866 M. im Vorjahre auf 408 292 588 M. gehoben. Die Umlage wurde auf 53 Pf. pro 1000 M. Steuerkapital festgesetzt. — Die Steingutfabrik in Hornberg wurde, wie verlautet, an eine in Mannheim neu gebildete Aktiengesellschaft für den Betrag von 530 000 M. verkauft. Der Betrieb soll alsbald wieder aufgenommen werden. — Der Automobilverkehr zwischen Furtwangen und Triberg wird am 1. Mai d. J. wieder aufgenommen. — Die badischen Handwerker und Gewerbetreibenden beabsichtigen die Gründung eines Erholungs- und Genußvereins.

### Landwirtschaftliche Besprechungen und Versammlungen.

Landw. Besprechungen: Am Sonntag den 1. April in Geisingen, Oberemsingen, Niederwinden, Oberkirch, Wölkersbach, Ostersheim, Rammensthal, Wiesloch, Adelsheim und Sulzbach. Generalversammlungen der Kreditvereine usw.: Am Sonntag den 1. April in Unterbalbach, Pfaffenroth und Dertingen; am Montag den 2. April in Düren; am Freitag den 6. April in Flehingen; am Samstag den 7. April in Sandhofen-Scharhof und Eutingen; am Sonntag den 8. April in Waldmühlbach, Viehagenheim, Unterwiltigshausen, Bellingen, Ostersweier, Kellöfen, Buerbach und Griesen; am Montag den 16. April in Schwandorf. Generalversammlungen der Orts-, Konsum- und Absparvereine usw.: Am Sonntag den 1. April in Nordbalden, Seinsheim, Walterweil, Mühlwühl, Bernau-Außerthal, Geisingen und Buebach; am Montag den 2. April in Eitingen; am Sonntag den 8. April in Walsdorf und Niederhof. Generalversammlungen der Volkvereine usw.: Am Sonntag den 8. April in Tannenkirch und am Montag den 16. April in Niederreggenen.

### Neueste Nachrichten und Telegramme

Berlin, 29. März. Seine Majestät der Kaiser besichtigte im Neuen Kgl. Operntheater in Gegenwart des Chefs des Zivilkabinetts und des Geh. Oberbauamts von Ihm den Entwurf eines neuen Opernhauses für Berlin.

Berlin, 29. März. Der stellvertretende Leiter der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amts, Erbprinz zu Hohenlohe, hat einen mehrtägigen Urlaub angetreten, um sich zum Besuch seiner Familie nach der Riviera zu begeben.

Hamburg, 29. März. Der neue preussische Gesandte Hr. v. Seyling wurde gestern von dem Senatspräsidenten Bürgermeister Dr. Burghard zum Antrittsbesuche empfangen.

Münster, 29. März. Heute streifen im hiesigen Revier 2000 Arbeiter.

Nürnberg, 29. März. Die den freien Gewerkschaften angehörenden Arbeiter der Siemens-Schuckert-Werke beschloßen, alle Ueberstunden zu verweigern. Den dieser Weisung zuwiderhandelnden wurde die Ausschlüßung angedroht.

Wien, 28. März. Abgeordnetenhause. Bei der Fortsetzung der Beratung der Dringlichkeitsanträge der Alldeutschen, betreffend die Sonderstellung Galiziens, wurden nach längerer Debatte die Abgeordneten Stranßky und Dr. Schach zu Generalrednern gewählt. Stranßky findet es unbegründlich, daß die Polen nach allen den Beschimpfungen und der Schande, welche die Alldeutschen auf sie gehäuft, auch nur formell dem Antrage zustimmen können, der weder den politischen Interessen noch denen der Slaven überhaupt günstig ist. Noch unbegrifflicher findet er die Haltung der konservativen Großgrundbesitzer. Redner erklärt, die Tschechen sind stets mit großen Opfern für die Autonomie eingetreten. Schach tritt für die Dringlichkeit ein, er appelliert an die Alldeutschen, für die Anträge zu stimmen. — Nach einigen tatsächlichen Verichtigungen der Abgeordneten Schraffer und Abrahamowitz, und nach Schlussworten der Antragsteller Stein und Wolf wird zur Abstimmung geschritten. Der Antrag des Abgeordneten Witt auf namentliche Abstimmung über den Antrag Stein wird nicht unterstützt. Darauf wird mit 154 gegen 135 Stimmen mangels Zweidrittel-Majorität abgelehnt, desgleichen die Dringlichkeit des Antrages Wolf in namentlicher Abstimmung mit 153 gegen 147 Stimmen. (Stimmliche Rufe bei den Alldeutschen: Abzug Gauschl) Serold begründete die Dringlichkeit seines Antrages, betreffend die Revision der Verfassung.

Paris, 29. März. Der radikal-sozialistische Parteiausführer wählte den früheren Ministerpräsidenten Combes zu seinem Odmann.

Paris, 29. März. „Echo de Paris“ will wissen, daß der Generalprokurator Nolot den Staatsanwälten des Departements Jonne auf Befehl der Regierung die mündliche Befragung erteilt habe, wegen neuer antimilitaristischer Vorfälle seine Untersuchung einzuleiten, die bereits begonnenen Untersuchungen bis nach den Wahlen zurückzustellen.

Paris, 29. März. Der vom Kriegsgericht in Nantes freigesprochene Leutnant de Bois Fleury wurde vom Kriegsminister in die Richtaktivität mit halbem Solde veretzt.

Paris, 29. März. In Valence (Dep. Ardèche) konnte gestern der Finanzinspektor trotz Gendarmenbestandes das Kircheninventar nicht aufnehmen. Die ziemlich zahlreiche protestantische Bevölkerung unterstützte die Katholiken im Widerstande.

Paris, 29. März. In Chavigny bei Nancy wurde das Haus eines arbeitswilligen Bergmanns durch die Explosion einer von den Ausständigen gelegten Bombe stark beschädigt.

Toulon, 29. März. Die ausständigen Kaffeehauskellner zerstörten die Spiegelscheiben aller größeren Restaurants auf den Boulevards. Die Polizei drang in die Arbeitsstätte ein, wo es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Polizisten und Ausständigen kam. Zahlreiche Personen wurden verhaftet. Die Tramwaybedienten und Gasarbeiter beschloßen gleichfalls in den Ausständigen zu treten.

Stockholm, 29. März. Die Regierung brachte einen Gesetzentwurf ein, betreffend Bewilligung von Mitteln zum Ankauf von Wasserfällen, die sich in Privatbesitz befinden und für die elektrischen Staatsbahnen ausgenutzt werden sollen.

Suez, 29. März. Der Prinz und die Prinzessin von Wales sind an Bord des Schlachtschiffes „Renown“ aus Indien eingetroffen und begaben sich nach Kairo.

London, 29. März. Wie „Daily Mail“ aus Tokio meldet, kam es bei der Abstimmung über das Gesetz, betreffend Verstaatlichung der Eisenbahnen, am 28. März im Unterhause zu Unruhen und Prügeleien zwischen den Parlamentärsmitgliedern, so daß die Polizei die Ordnung wieder herstellen mußte.

### Verschiedenes.

Berlin, 29. März. (Telegr.) Das hochbetagte Hausverwalters-Ehepaar Reichert, Alleinbewohner einer einzeln stehenden Villa in Schöneberg, wurde von der Tochter im Keller mit schweren Wunden tot aufgefunden. Man vermutet Raubmord. Die Täter sind spurlos verschwunden.

Berlin, 29. März. (Telegr.) Die Schöneberger Polizeidirektion schrieb eine Belohnung von 1000 M. aus für die Ermittlung der Mörder des Reichert'schen Ehepaares.

Kiel, 29. März. (Telegr.) Das Kriegsgericht der Ostsee-Station erhöhte die Strafe gegen Obermaat Schmidt vom „Torpedoboot 82“ auf vier Monate Gefängnis, da 158 Mißhandlungen Untergebener erwiesen waren.

Leipzig, 29. März. (Telegr.) Beim Abbruch eines Hauses in Leipzig-Gohlis wurden heute durch Einsturz einer Mauer vier Arbeiter verschüttet. Einer wurde getötet, zwei schwer, einer leicht verletzt.

Jena, 29. März. (Telegr.) In der vergangenen Nacht wurde in Gohndorf das Ehepaar Gahnemann ermordet und beraubt. Die Wohnung war erbrochen und durchwühlt.

Essen, 29. März. (Telegr.) Die chinesische Studienkommission traf zur Besichtigung der Krupp'schen Werke hier ein.

Göln, 29. März. Die „Ndn. Volksztg.“ meldet die erfolgte Verschmelzung des Vereins zur Wahrung der Rheinschiffahrtsinteressen in Frankfurt a. M. und des Vereins zur Wahrung der Finnenschiffahrtsinteressen in Ruhrort zu einem Verein zur Wahrung der Rheinschiffahrtsinteressen.

Koblenz, 29. März. (Telegr.) Eine Regierungskommission beauftragte den Erdruß bei Urmich, der sich noch weiter ausdehnt. Vom Landrat wurde ein Hilfskomitee eingesetzt. Bisher sind in Urmich 150 Häuser beschädigt und 500 Personen obdachlos.

Frankfurt a. M., 29. März. (Telegr.) Auf der Budenweiser Chaussee fand vergangene Nacht ein Kampf zwischen zwei Zigeunerlagern statt. Fünf Zigeuner wurden durch Schüsse und Stiche so schwer verletzt, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Mehrere Käßelbesitzer wurden auf der Flucht ergriffen.

München, 29. März. Die Pensionsanstalt deutscher Journalisten und Schriftsteller beabsichtigt zur Ergänzung ihrer Alters- und Invalidenversorgung die Errichtung einer Wittwen- und Waisenklasse. Für die Bildung eines Gründungsfonds soll der Betrag einer für ganz Deutschland berechneten Lotterie dienen, die von Seiten der bayrischen und der künftl. preussischen Regierung bereitgestellt werden soll. Nachdem somit das Zustandekommen der Lotterie gesichert ist, werden die Vorarbeiten unverzüglich in Angriff genommen werden.

Wien, 28. März. Das Direktionskomitee des internationalen Zentralbureaus der Pressevereine hat gegen den verhafteten früheren Vizepräsidenten der New-Yorker Lebensversicherungsgesellschaft, Perkins, ein Verbot erlassen, das ihn von der Teilnahme an dem republikanischen Nationalkongress in Chicago ausschließt. In Anbetracht der Schwierigkeiten, die sich der Organisation des internationalen Kongresses der Pressevereine entgegenstellen, sah das leitende Komitee des Zentralbureaus der Pressevereine, das am 25. März in München versammelt war, sich genötigt, zu beschließen, daß in diesem Jahre, 1906, kein Kongress stattfinden soll. Lebhafter Dank wurde der Presse von Marseille, Mailand, Nürnberg und Bukarest für ihre so freundlich gehaltene Einladung ausgedrückt.

New-York, 28. März. Die Diebstahlsanfrage gegen den verhafteten früheren Vizepräsidenten der New-Yorker Lebensversicherungsgesellschaft, Perkins, wird damit begründet, daß er aus den Mitteln der Gesellschaft an das republikanische Nationalkomitee während der Präsidentschaftskampagne im Jahre 1904 48 702 Dollars gezahlt habe. Ehe Perkins vor dem Polizeigericht erschien, erteilte sein Anwalt einen Habeas-Corpus-Befehl. Infolgedessen kam die Angelegenheit vor das höchste Gericht. — Die Vizepräsidenten der Mutual Life Insurance Company, Gramis und Gillette, sowie der Trustee der Gesellschaft, Gerry, haben ihre Aemter niedergelegt.

Lofio, 29. März. (Telegr.) In einem Kohlenbergwerk bei Nagasaki sind 250 Personen bei einer Explosion umgekommen.

### Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.  
Freitag, 30. März. Abt. C. 55. Ab.-Vorst. „La Traviata“ (Violetta), Oper in 3 Akten nach dem Italienschen des F. M. Piave, Musik von Verdi. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 1/2 Uhr.

### Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrometeorologie vom 29. März 1906.

Der Luftdruck nimmt heute von einem Maximum aus, das im Westen der britischen Inseln lagert, und das einen zungenförmigen Ausläufer in das Binnenland herein entsendet, bis zu Depressionen ab, die über dem finnischen Meerbusen und über Unteritalien liegen. Unter der Einwirkung der erikeren Depression war das Wetter in Norddeutschland am Morgen trüb, stellenweise mit Schneefällen; im Süden war es dagegen heiter bei leichtem Frost. Veränderliches und kühltes Wetter ist zu erwarten.

### Wetternachrichten aus dem Süden vom 29. März 1906, früh.

Lugano bedeckt 4 Grad; Biarritz heiter 6 Grad; Nizza heiter 6 Grad; Triest wolkenlos 3 Grad; Florenz bedeckt 7 Grad; Rom Regen 7 Grad; Cagliari wolfig 10 Grad; Brindisi wolkenlos 10 Grad.

### Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

März	Barom. mm	Therm. in C.	Absol. Feuchtigk. in mm	Relat. Feuchtigk. in Proz.	Wind	Himmel
28. Nachts 9 <sup>00</sup> U.	747.2	+1.3	8.0	59	NE	heiter
29. Morgs. 7 <sup>00</sup> U.	746.6	-2.1	3.1	79		
29. Mittags 9 <sup>00</sup> U.	746.3	+4.9	4.5	69	SW	bedeckt

Höchste Temperatur am 28. März: +5.6; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: -3.6.

Niederschlagsmenge des 28. März: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins am 29. März, früh: Schutterinsel 1.86 m, gefallen 9 cm; Rehl 2.19 m, gefallen 4 cm; Wagan 3.93 m, gefallen 1 cm; Mannheim 3.67 m, gefallen 5 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Käß in Karlsruhe.  
Druck und Verlag:  
G. Braun'sche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Heute Nacht 1 Uhr verschied unser lieber Gatte,  
Vater, Bruder, Schwiegersohn und Schwager

## Herr Anton Klehe

Grossherzoglicher Forstrat.

Freiburg i. Br., den 28. März 1906.  
Baslerstrasse 17.

**Marta Klehe geb. Kaltenbach.**

Johanna Klehe, Fanny Klehe, Marie von Arnim geb. Klehe, Emma Klehe, Mathilde von Unruh geb. Klehe, Marie Kaltenbach geb. Kuenzer, Kuno von Arnim, Major a. D., Karl von Unruh, Generalleutnant z. D., Johanna Kaltenbach, Gertrud Facklam geb. Kaltenbach, Margarethe Sachs geb. Kaltenbach, Balbine Kaltenbach, Heinrich Kaltenbach, Rudolf Kaltenbach, Marie Hoek geb. Kaltenbach, Herbert Kaltenbach, Dr. Facklam, Bergrat Sachs, Dr. Hoek.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittags  
4 Uhr statt. 3.231

**Dies statt jeder besonderen Anzeige.**

## Lebensbedürfnisverein Karlsruhe

### Weinlager

Unser neues Preisverzeichnis enthält eine sehr reiche Auswahl naturrechter

### Weiß- und Rotweine

sowie

### Südweine, Champagner etc.

in allen Preislagen.

Neu in Verkauf genommen wurden:

**Rothweiler, Bickensöhler, Reichenweier, Hardter (rot)**  
die wir den verehrlichen Mitgliedern als ganz besonders preiswert empfehlen können.

3/17.2.1 **Der Vorstand.**

## Karlsruher Lokalbahnen



Vom 1. April d. Js. tritt der Sommerfahrplan in Kraft. Exemplare desselben zum Ausbhang und in Taschenformat sind auf den Stationen, Taschensfahrpläne auch bei den Schaffnern zum Preise von 5 Pfo. zu erhalten.

Karlsruhe, im März 1906.

**Süddeutsche Eisenbahn-Gesellschaft.**  
Die Direktion.

## Vierter Zentral-Zuchtviehmarkt

des mittelbadischen Zuchtgenossenschafts-Verbandes

(Der Zuchtgenossenschaften Aghern, Breisach, Bühl, Emmendingen, Ettenheim, Freiburg, Kehl, Kenzingen, Lahr, Lörrach, Müllheim, Neustadt i. Schw., Oberkirch, Offenburg, Rastatt, Schopfheim, Staufen)

**am 8. und 9. Mai 1906 in Offenburg.**

Dauer am 8. Mai nachmittags von 2-7 Uhr,  
Dauer am 9. Mai von morgens 8 Uhr bis mittags 1 Uhr.

Beste Gelegenheit zum Einkauf vorzüglicher Zuchttiere der mittelbadischen Simmentaler Rasse, Farren, Kühe, Kalbinnen und Rinder.

Für jedes zum Markt gebrachte Tier wird ein Abstammungsnachweis, für die männlichen Tiere außerdem noch ein Impfschein geliefert.

Nähere Auskunft erteilt das Verbandspräsidium in Emmendingen und Zuchtsinspektor Sief in Freiburg i. B. 3.234.2.1

# FRIEDRICHSHOF

Eigentum der Brauerei Sinner-Grünwinkel

## Feine Weinstube

Grösstes bürgerliches Bierlokal der Residenz

## Neuer prachtvoller Festsaal

für Hochzeiten, Vereine und Festlichkeiten

Ausschank von Münchner Kochel-Bräu Renommierete, preiswerte Küche

**Direktion: L. Felgenhauer**

## Jubiläums-Ausstellung

### von Hunden aller Rassen

in der Ausstellungs-Halle in  
Karlsruhe 21. u. 22. April 1906

veranstaltet vom 1. Karlsruher Kynologen-Klub unter dem Protektorat Ihrer Königlichen Hoheiten des Großherzogs und der Großherzogin

**Meldechluss 7. April**

Es gelangen zur Ausgabe: Hohe Geldpreise, wertvolle Zucht-, Ehren- und Spezialpreise.

Programme und Anmeldebogen sind bei den Herren K. A. Fuchs in Rüppurr, Ph. Häfner, Kaiserallee 81, P. v. Chrustschoff, Friedrichsplatz 7 und Franz Stemmler, Kreuzstraße 22 erhältlich.

**Der Vorstand des 1. Karlsruher Kynologen-Klubs.**

## Lebensbedürfnis-Verein Karlsruhe

### Schuhwaren

Grösste Auswahl in

### Kinder-, Damen- und Herren-Artikeln

insbesondere auch

### Konfirmanden-Stiefel

Nur gediegene, solide Fabrikate • Vorzügliche Passform  
Täglich Eingang von Neuheiten

Trotz Aufschlags seitens der Fabriken noch billigste Preise

Lager: Herrenstrasse 14  
Verkauf nur an Mitglieder

**Der Vorstand**

### Anzeige.

Mein Amtszimmer ist vom 30. März l. Js. ab im Strauß'schen Haus Friedrichsplatz Nr. 1.  
Großh. Notariat Karlsruhe V.  
B e d.

### Konkursverfahren.

3.207. Nr. 6618. Lahr. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Fabrikanten Karl Müller, Inhabers der Firma Lahrer Eisen- und Tomwarenfabrik Carl Müller in Lahr, wurde nach rechtskräftiger Bestätigung des Zwangsvergleichs durch Beschluss des Gerichts vom heutigen aufgehoben.

Lahr, den 28. März 1906.  
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.  
Eigentümer,  
Großh. Amtsgerichtsssekretär.

### Konkursverfahren.

3.206. Nr. 6023. Lahr. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Malermeisters Franz Hoog in Lahr ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin anberaumt auf

**Dienstag den 3. April 1906, vormittags 11 Uhr,**  
vor dem Amtsgerichte Lahr.  
Lahr, den 14. März 1906.  
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.  
Eigentümer,  
Großh. Amtsgerichtsssekretär.

### Konkursverfahren.

3.205. Nr. 4196. Lahr. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Sattlermeisters Karl Müller in Lahr ist nach erfolgter Abhaltung des Schlusstermins durch Beschluss des Gerichts vom 2. März 1906 aufgehoben worden.

Lahr, den 26. März 1906.  
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.  
Eigentümer,  
Großh. Amtsgerichtsssekretär.

### Konkursverfahren.

3.204. Nr. 2627. Freiburg. Ueber das Vermögen des Hermann Schilling, Spezialgeschäft für häusl. Kunstarbeiten in Freiburg, Kaiserstr. 144a, wurde heute am 28. März 1906, vormittags 11½ Uhr, auf Antrag der Firma G. Kober & Co. in Berlin N.W., Albertstr. 11, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Rechtsanwalt Paul Meier hier wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 20. April 1906 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

**Samstag den 28. April 1906, vormittags 9 Uhr,**  
und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

**Samstag den 5. Mai 1906, vormittags 9 Uhr.**

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Bestize der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 20. April 1906 Anzeige zu machen.

Freiburg, den 28. März 1906.  
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.  
R. Frey.

### Konkursverfahren.

3.230. Nr. 3108. Staufen. Ueber das Vermögen der Kommanditgesellschaft L. J. Groschupf in Staufen wird heute am 23. März 1906, vormittags 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da die persönlich haftenden Gesellschafter, Ludwig Jakob Groschupf und Robert Groschupf, Fabri-

kanten in Staufen, unter Einreichung eines Schuldner- und Gläubigerverzeichnis und einer Uebersicht der Vermögensmasse, den Antrag gestellt haben.

Der Kaufmann und Rechtsagent Emil Stoll in Staufen wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 15. April 1906 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

**Dienstag den 24. April 1906, vormittags 9 Uhr.**

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Bestize der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 15. April 1906 Anzeige zu machen.

Staufen, den 23. März 1906.  
Großh. Amtsgericht.  
gez. Dr. Kraemer.

Dies veröffentlicht:  
Der Gerichtsschreiber:  
Hierholzer.

### Holz-Versteigerung.

Großh. Forstamt Mittelberg (Ettlingen) versteigert unter den üblichen Bedingungen

**Mittwoch den 4. April 1906, vormittags 10 Uhr,**  
in der „Marzeller Mühle“, aus dem Distrikt Mittelberg: 3.202.2.1.

1 Hirschaum, 2 Eichen IV. und V., 66 Bau- und Hagstangen, 257 Eter buchenes, 24 Eter Nadelholz, Schreit- und Klobholz, 210 Eter buchenes, 36 Eter gemischtes Laubholz, 54 Eter Nadel-Brügelholz und 2240 meist buchene Wellen.

Forstwart Kraus in Mittelberg gibt auf Verlangen nähere Auskunft.  
Distrikt Großh. Forstwald.

Abt. 24, Zumberweiswald und Abt. 45, Siedenschlag: 688 Eter buchenes Scheit- und Klobholz, 52 Eter birchene Nollen, 630 Eter buchenes, 147 Eter gemischtes Brügelholz und 12 326 meist buchene Wellen.

Forstwart Eisele in Burbach gibt auf Verlangen nähere Auskunft.

### Nuß- und Brennholz-Versteigerung.

Großh. Forstamt Durlach versteigert mit Vorherrschaftsbewilligung am

**Dienstag den 3. April 1906, vormittags 9 Uhr,**  
in der Schwäbischen Bierhalle in Durlach aus Domänenwalddistrikt III 11 „Hagenbuchenschlag“ (Durchforstung), sowie das Dürr- und Windfallholz aus Distrikt I „Hohberg“ und III „Mittner“: 3.196.

12 Nadelstämme, 75 Eiche und Ahornstämme I.-III. Kl., 15 Stück buchene, 5 Stück altsiege Wagnerstangen, 144 Eter buchenes, 9 Eter eichenes, 15 Eter gemischtes, 17 Eter Nadelstämmeholz; 110 Eter buchenes, 239 Eter gemischtes Brügelholz; 2600 gemischte Normalwellen; 3 Lose Schlagraum, sowie 4 Lose unaußerbereitete Faschinenhaufen.

Forstwart Bauer in Bergshausen und Domänenwaldhüter Volk in Böschenbach zeigen das Holz vor.

### Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Mit Wirkung vom 1. April 1906 wird zum Teil II, Heft 1 des Österreichisch-schweizerischen Eisenbahnerbunds der Nachtrag I, enthaltend Änderungen und Ergänzungen, ausgegeben. Nähere Auskunft erteilt unser Lehrsbureau. 3.235

Karlsruhe, den 29. März 1906.  
Großh. Generaldirektion.

### Südmwestdeutscher Verband.

Die Haltestelle Well des Direktionsbezirks St. Johann-Saarbrücken wird mit sofortiger Gültigkeit in das Heft 7 des Verbandsütertarifs (Verkehr Baden-Saarbrücken) aufgenommen.

Ferner ist die Station Böllert des genannten Direktionsbezirks, die bisher nur für den Versand in Wagenladungen zugelassen war, für den Gesamtgüterverkehr eröffnet worden.

Fahrzeuge, zu deren Verladung eine Stoppfranke erforderlich ist, können auf den genannten Stationen nicht abgefertigt werden. Ueber die Höhe der Frachttarife geben die Dienststellen Auskunft. 3.229.

Karlsruhe, den 27. März 1906.  
Namens der beteiligten Verwaltungen:  
Großh. Generaldirektion  
der Badischen Staatseisenbahnen